



SONDERAUSGABE ENERGIEKONZEPT

Inhalt dieser Ausgabe Seite

Das Energiekonzept von Schwarz-Gelb - die Lobby freut's 1

Die wesentlichen Inhalte des schwarz-gelben Energiekonzepts 2

Atomkraft statt Erneuerbarer Energien - eine langfristige Strategie für die Energieversorgung? 2

Die Marktdominanz der großen Energiekonzerne 3

Risikotechnologie Atomkraft 4

Kosteneffizienz bei Erneuerbare Energien 4

Dieser Newsletter beruht auch auf Informationen meiner Fraktionskollegen Ulrich Kelber und Rolf Hempelmann zurück.

Herausgeber

Lothar Binding, MdB

Redaktion

Marco Winteroll

Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 / 2 27-7 31 44

Fax: 030 / 2 27-7 64 35

lothar.binding@bundestag.de

Heidelberg/Weinheim

Bergheimer Straße 88

69115 Heidelberg

Tel.: 0 62 21 / 18 29 28

Fax: 0 62 21 / 61 60 40

lothar.binding@wk.bundestag.de

www.lothar-binding.de



NEUES . aus Berlin

Liebe Bürgerinnen und Bürger, die große Koalition hat mit der Umsetzung des Klima- und Energiepakets von Meseberg 2007 (IEKP) die Grundlagen für eine preisgünstige, sichere, effiziente und umweltgerechte Energieversorgung geschaffen. Diese Beschlüsse hatten eine Energiewende und einen Strukturwandel der Stromversorgung eingeleitet:

- Förderung Erneuerbarer Energien und Verringerung der Energieimportabhängigkeit,
- Effizienzgewinne durch intelligente Steuerung von Erzeugung und Verbrauch und Energieeinsparmaßnahmen, sowie
- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.

In diesem Wirtschaftssektor arbeiten mittlerweile mehr als 300.000 Beschäftigte, die hohe Investitions- und Innovationsdynamik führte Deutschland an die Weltspitze. Erneuerbare Energien decken bereits etwa 20 % des weltweiten Energieverbrauchs und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das schwarz-gelbe Energiekonzept wird diesen Zielsetzungen nicht gerecht, sondern kehrt die Verhältnisse in der Energiepolitik um. Um die wirtschaftlichen, energie- und umweltpolitischen Folgen dieser Kehrtwende geht es in der aktuellen Sonderausgabe meines Newsletters.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Binding

Lothar Binding

Das Energiekonzept von Schwarz-Gelb - die Lobby freut's

Schwarz-Gelb beschreitet nicht den „Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien“, sondern vollzieht mit der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke (AKW) eine „Rolle rückwärts“ in der Energiepolitik. Die Ergebnisse sind geringere Versorgungssicherheit, weniger Wettbewerb, Benachteiligung der Erneuerbaren Energien und am Ende höhere Preise – ganz zu schweigen von den unkalkulierbaren Betriebsrisiken und der ungelösten Frage der Endlagerung des radioaktiven Abfalls.



Die Bundesregierung und ihr radioaktiver Müll: Für die Farbkombination kann Schwarz-Gelb nichts, für das Versagen in der Endlagerfrage schon.

© Wikipedia



Die wesentlichen Inhalte des schwarzen-gelben Energiekonzepts

- Die vier großen Unternehmen im Energiemarkt – EnBW, e.on, RWE und Vattenfall – werden strukturell und finanziell erheblich gestärkt, der Wettbewerb wird zurückgeworfen, die Erneuerung des Kraftwerksparks behindert und damit die Versorgungssicherheit verringert.
- Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist in naher Zukunft bedroht, da ihr Zuwachs mit dem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken bald nicht mehr vereinbar ist. Eine verpflichtende und verbindliche gesetzliche Verankerung der mittel- und langfristigen Klimaschutzziele fehlt.
- Die Koalition schaut bei der Förderung Erneuerbarer Energien nur auf kurzfristige Kosteneffizienz und verspielt dadurch Potenziale, die später wesentlich teurer entwickelt werden müssen. Gerade bei der Grundlastfähigkeit und Marktintegration Erneuerbarer Energien fehlen zielführende Maßnahmen.
- Schwarz-Gelb kürzt und streicht Förderprogramme für Energieeffizienz, CO₂-Gebäudesanierung und Netzausbau, die in der jetzigen Krise Aufträge und Arbeitsplätze sichern und in der nächsten Krise Energiekosten einsparen helfen.

Atomkraft statt Erneuerbarer Energien - eine langfristige Strategie für die Energieversorgung?

Worin liegt eigentlich die langfristige Strategie der Koalition? In erster Linie werden die Laufzeiten für Atomkraftwerke gegenüber dem vereinbarten Atomausstieg verdoppelt. Das bedeutet eine Verdopplung des stark radioaktiven Atommülls – bei ungeklärter Endlagerfrage! – und ein Absinken des Sicherheitsniveaus.

Atomkraftwerke (AKW) werden mit wachsendem Alter störungsanfälliger. Technische Komponenten altern, so dass die Anlagensicherheit unweigerlich sinkt. Die Anlagenkonzepte aus den 1970er Jahren harmonieren nicht mit der EDV-Kultur heutiger Regelungstechnik – eine effektive Nachrüstung ist daher nur begrenzt möglich, wird aber die veralteten Anlagen nie auf den Stand der Dinge bringen können.

Der unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg hat Investitionen in eine zukünftige Energieversorgung ausgelöst. Neue Anbieter - insbesondere auch Stadtwerke - waren aufgrund einer Abwägung von Chancen und Risiken von einer ausreichenden Auslastung ihrer neuen Anlagen ausgegangen. Diese Investitionen werden nun unrentabel, da bei den neuen Erzeugungsanlagen die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist. Sie kommen nicht mehr hinreichend ans Netz. Geplante Investitionen werden zurückgenommen, weil keine ausreichenden Auslastungschancen mehr gegeben sind. Die Kostenvorteile der längst abgeschriebenen AKWs begründen bei ihren Betreibern sehr hohe Gewinnerwartungen.



Der zentrale Leitstand des AKW Obrigheim, von dem aus das Kraftwerk gesteuert und überwacht wird © BMU / Bernd Müller



Schwarz-Gelb stärkt die Marktdominanz der großen Energiekonzerne EnBW, E.On, RWE und Vattenfall

Profiteure des Energiekonzepts der Koalition sind die großen Anbieter. Neben zusätzlichen Gewinnen wird ihre Marktmacht gefestigt. Das verhindert Wettbewerb und erhöht die Strompreise. Durch den mangelnden Wettbewerb können die AKW-Betreiber auch ihre Kosten mit der Aufrechnung der Brennelementesteuer auf dem Markt durchsetzen.

Die CDU/CSU/FDP-Koalition will die Laufzeiten um durchschnittlich 12 Jahre verlängern. Im Atomgesetz werden aber nicht Jahre, sondern die tatsächlich eingespeiste Menge an Strom begrenzt. Um die Verlängerung der Laufzeiten in der Debatte niedrig erscheinen zu lassen, hat die Koalition einen Auslastungsgrad bis über 2030 hinaus unterstellt, der über dem heutigen Einspeisungsanteil der AKWs liegt. Das sind etwa 7.300 Jahresvollaststunden, also durchschnittlich 20 Stunden pro Tag oder 85 %. Für 2030 werden knappe 7.000 Stunden unterstellt, also keine signifikante Verringerung der Einspeisemenge der Atomenergie. Bis dahin will die Koalition aber angeblich 50 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen realisieren und damit deren Einspeiseanteil deutlich erhöhen. Es steht zu befürchten, dass dann entweder die AKW-Laufzeit deutlich mehr als 12 Jahre betragen wird, oder dass die Koalition den Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien abschaffen und damit letztlich den ausländischen Anbietern dieses Feld überlassen will.



Die Geschäfte laufen gut - das EnBW-Atomkraftwerk Neckarwestheim © Wikipedia

Längere Laufzeiten stehen in Konflikt mit der Förderung erneuerbarer Energien. In wenigen Jahren werden wir vor der Alternative stehen: Ausbau der Erneuerbaren Energien oder der Atomenergie – beides zugleich funktioniert nicht. Atomkraft ist somit keine Ergänzung, sondern ein Hemmnis für den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Außerdem wird der Kraftwerkspark in Deutschland überaltern: Mit alternden Atomkraftwerken wird neuen Kraftwerksprojekten die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Mancher Wettbewerber muss neu kalkulieren und wird Investitionen aufgeben. Darunter leidet nicht nur die Versorgungssicherheit. Auch der Wettbewerb auf dem Strommarkt wird zugunsten der großen Vier gedreht. Die Koalition stärkt das heutige Oligopol auf lange Sicht, d.h. eine Situation, in der wenigen Anbietern viele Nachfrager gegenüberstehen. Die marktbeherrschende Stellung der vier großen Konzerne, die gemeinsam 80 % des Erzeugungsmarktes kontrollieren, wird durch die Beschlüsse der schwarz-gelben Koalition dauerhaft abgesichert – und damit auch ihr erheblicher Einfluss auf die Verbraucherpreise.

Die vier großen Unternehmen im Energiemarkt werden strukturell und finanziell erheblich gestärkt, der Wettbewerb wird zurück gedrängt, die Erneuerung des Kraftwerksparks behindert und damit die Versorgungssicherheit auf die Atomkraft und nicht auf die Erneuerung des Kraftwerksparks gestützt.



Atomkraft ist eine gefährliche Risikotechnologie

Berichte über Störfälle in Atomkraftwerken, technische Defekte in veralteten Anlagen, ärgerliche Vertuschungsversuche und unprofessionelles Krisenmanagement werfen ein beunruhigendes Licht auf die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie und ihrer radioaktiven Abfallprodukte. Das einzig Sichere daran ist die Regelmäßigkeit von Störfällen und Pannen.

Zwischenfälle und Sicherheitslücken sind leider Alltag: Ein Bericht der Bundesregierung listet in 8 von 17 Atomkraftwerken technische Mängel auf. Reaktoren sind nicht auf Laufzeiten von 40 bis 60 Jahren ausgerichtet. Denn mit dem Alter und der Betriebsdauer steigen auch die Risiken beim Betrieb der Anlagen.

Die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle ist die offene Flanke der Atomwirtschaft. Salzstöcke sind kein geeigneter Ort dafür: Im Atommüllendlager Asse wurde eine Vergiftung der Umwelt durch den jahrelang unbemerkten Austritt radioaktiver Lauge festgestellt. Diese Art der „Ablagerung“ von Verantwortung auf kommende Generationen hat mit zukunftsbewusster Politik nichts zu tun. Und sie ist teuer: Die



Kontrollierte Endlagerung - ein Versuch im Salzstock Asse...
© Wikipedia

Subventionierung der Atomenergie hat den Steuerzahler bislang zwischen 45 und 100 Mrd. € gekostet. Außerdem trägt er das Restrisiko alleine. Eine Haftpflicht der Atomwirtschaft, die alle Risiken der Atomenergie versicherungsmathematisch abbildet, würde ihre Nutzung gänzlich unrentabel machen.

Kosteneffizienz bei Erneuerbaren Energien - eine Investition in die Zukunft

Die Koalition behauptet: „Bei einem steigenden Anteil der erneuerbaren Energien hängt die Entwicklung der Energiekosten wesentlich davon ab, dass der Ausbau kosteneffizient erfolgt.“ Konkret soll das heißen: „Künftig soll das EEG stärker am Markt orientiert werden und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien in stärkerem Maße marktgetrieben erfolgen.“

Das EEG ist entstanden, weil die heutigen Preise keine langfristigen Kostenentwicklungen abbilden. Die Verfügbarkeit der fossilen Energien wird sinken, die Preise werden steigen. Ziel muss es also sein, den mittelfristig hohen Energiepreisen zu begegnen. Um den Folgen dieses Marktversagens frühzeitig zu begegnen, haben wir die Förderung eingeführt.

Mit dem EEG entwickeln wir die Technologien, mit denen wir unsere späteren Klimaschutzziele insgesamt kostengünstig erreichen können. Das benötigt Zeit und lässt sich nicht aus dem Boden stampfen. Die Ausbauerfolge der Erneuerbaren Energien haben nahezu alle Prognosen von vor zehn Jahren um mehr als das Dreifache übertroffen. Das liegt an der Konstruktion des EEG und seiner Förderung. Wer hier Hand anlegt, gefährdet den weiteren Ausbau und verlässt den Pfad der zunehmenden Unabhängigkeit von Energieimporten.

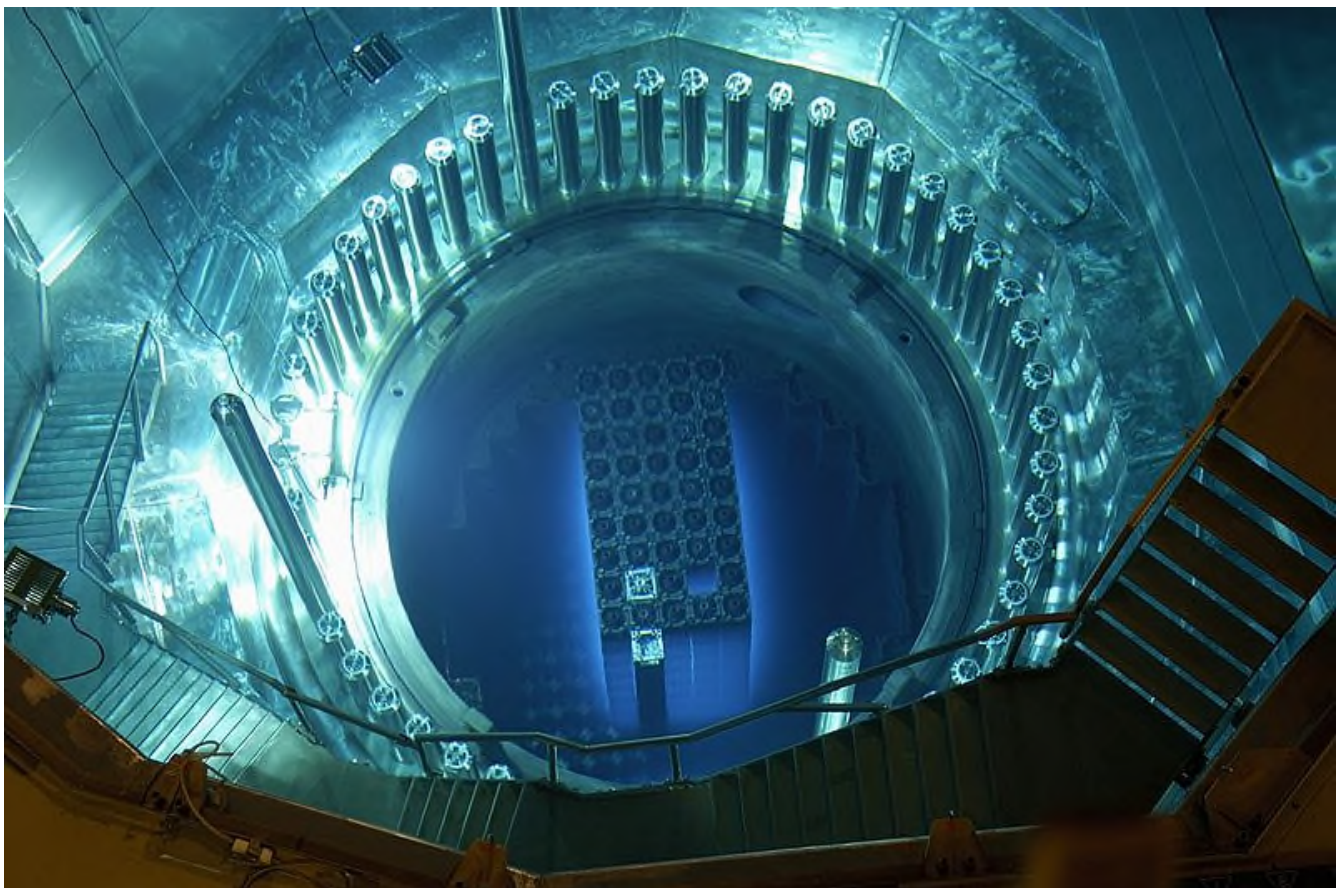


Um die Marktfähigkeit erneuerbarer Energien weiter zu fördern, wollen wir

- zusätzliche Anreize zur verlässlichen und kontinuierlichen Einspeisung Erneuerbarer Energien durch die Kombination stetiger und schwankender Energieträger (etwa Wind- oder Sonnenenergie, die natürlichen Schwankungen unterliegen und nicht immer im gleichen Umfang zu Verfügung stehen) unter Einbeziehung von Speichertechnologien schaffen und
- die Marktintegration Erneuerbarer Energien stärken, um den Übergang aus der Fördersystematik des EEG zur vollständigen Marktreife vorzubereiten.

Gesetzliche Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sucht man im Energiekonzept der Bundesregierung vergeblich. Die Strategie der Koalition setzt vielmehr auf „ökonomische Anreize“ (sprich: Preise) sowie „verbesserte Information und Beratung“. Ein Effizienzfonds soll Information und Beratung fördern. Um Effizienzpotenziale systematisch zu heben, führt an verbindlichen rechtlichen Regelungen kein Weg vorbei.

Energieeffizienz ist der Schlüssel für alle Ziele in der Klima- und Energiepolitik. Die Maßnahmen der Koalition sind untauglich. Schwarz-Gelb hat bislang kein Gesetz mit geeigneten Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in den Bereichen Gebäudesektor, Wirtschaft und Verkehr vor-



Kluge Energiepolitik ist mehr als Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und eine Lastenverschiebung in die Zukunft - ein Blick in den Reaktorkern eines AKWs

© Wikipedia